



PATRIOT: JA = Leiden mindern – TAURUS: NEIN = Gewinnen hindern

Dr. Klaus Olshausen

Oktober 2023

Zusammenfassung

Der wiederholt von Bundeskanzler Olav Scholz erklärte politische Zweck der Unterstützung des Überlebenskampfes der Ukraine gegen den brutalen russischen Aggressor lautet: „Die russischen Truppen müssen sich aus der Ukraine zurückziehen“. Ein Weg oder Prozess, mit dem der Bundeskanzler dies mit nichtmilitärischen Mitteln im Verbund mit allen Unterstützern gegen Putin erreichen kann, ist nicht erkennbar. Und die militärische Unterstützung – auch Deutschlands – ist für den politischen Zweck nicht überzeugend. Das Beispiel, ein weiteres PATRIOT-System zu senden, den MFK TAURUS aber nicht zu liefern, unterstreicht, dass man das Leiden der Ukrainer mindern will, aber Waffen zurückhält, die wesentlich sind, um den Rückzug der Russen aus der Ukraine zu erzwingen. Diese Begrenzung verlängert den Krieg – und damit eben auch Leiden. So riskiert man – aus vorgegebenen Sorgen vor Eskalation – dass Putin Gewinner bleiben kann.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

In dem brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, mit dem Putin seit über 20 Monaten das zweitgrößte Land Europas mit ständig steigender Gewalttätigkeit überzieht, ist zu fragen, was der Bundeskanzler heute, morgen und übermorgen beitragen kann – und will, damit das von ihm wiederholt hervorgehobene Ziel möglichst frühzeitig zu erreichen ist: „Die russischen Streitkräfte müssen sich vom Gebiet der Ukraine zurückziehen“.

Es ist kein nichtmilitärischer Weg oder Prozess erkennbar, auf dem der Bundeskanzler im Verbund mit allen Unterstützern der Ukraine, Putin zum Rückzug seiner Kräfte aus der Ukraine veranlassen kann.

Also gilt es weiter, die Ukraine und ihre Streitkräfte so lange (möglichst wirksam) zu unterstützen, bis dieses Ziel erreicht ist. Einem Land, das sein völkerrechtlich verbiefertes Recht auf individuelle (und kollektive) Selbstverteidigung wahrnimmt, dessen Überleben und Wiederherstellung auch dem ureigensten politischen Interesse aller unterstützenden Länder entspricht, sollte ebenso geholfen werden, wie die unterstützenden Staaten ihre eigenen Streitkräfte für und in einem Krieg ausstatten würden. Diese Messlatte haben die unterstützenden Staaten bisher nicht in überzeugender Weise an Qualität, Quantität und Tempo der Unterstützung angelegt. Es war immer unzureichend, die Solidarität mit Schwerpunkt auf „solange wie nötig“ zu konzentrieren. Notwendig wäre von Anfang an gewesen, die Solidarität und alle Mittel darauf zu fokussieren, wie ukrainische Streitkräfte in einem Verbund von möglichst rasch adäquat ausgestatteten Land-, Luft-, und Seestreitkräften eine aktive, (gegen-)offensive Verteidigung zur Wirkung bringen und den Gegner aus dem Land werfen können.

Das wäre umso wichtiger gewesen, als die westlichen Staaten ja schon vor Beginn der Aggression öffentlich signalisiert hatten, dass sie bei einem russischen Angriff gegen die Ukraine dieser nicht mit eigenen Truppen beistehen würden. Die Archive in Moskau werden später noch einmal aufzeigen, ob und in welchem Ausmaß diese vorab erklärte Abstinenz der westlichen Staaten von jeder völkerrechtlich erlaubten kollektiven Selbstverteidigung nach Art 51 VN Charta Putin in seinem Entschluss bestärkt hat, am 24. Februar zuzuschlagen. Nachdem er schon das westliche Scheitern in Afghanistan als offensichtliche politische und militärische Schwäche zur Kenntnis nehmen konnte.

Die unzureichende und immer wieder verzögerte Unterstützung mit unterschiedlichsten Waffensystemen und Ausrüstungen für die Streitkräfte der Ukraine war von Regierungen und Öffentlichkeit immer wieder rationalisiert worden mit der Vermutung, der Sorge, der Angst, dass jedes nächste Waffensystem Russland möglicherweise zu weiterer Eskalation veranlassen würde. Russlands massive Eskalation mit Raketen und Drohnenhageln über das ganze Land dauert jetzt schon über ein Jahr. Im Rückblick kann man feststellen, dass das zögerliche und nie auf die Erfordernisse der Gesamtstreitkräfte der Ukraine ausgerichtete Liefern von Waffen und Ausrüstung, den Krieg verlängert (hat).

Nach seinem Gespräch mit Selenskyj hat Bundeskanzler Olaf Scholz diese Erkenntnis erneut bestätigt. Er hat der Ukraine ein weiteres PATRIOT-System zugesagt, aber ein wesentliches Mittel zu notwendiger aktiver Verteidigung, den Marschflugkörper TAURUS, hält er weiter zurück. Da er dafür keine Gründe nennt und das Feld den Hinweisen aus Regierungskreisen und Deutung der Journalisten überlässt, muss gefragt werden, was der politische Zweck der militärischen Unterstützung der Ukraine ist.

Sein häufig wiederholtes Ziel, dass sich die russischen Streitkräfte aus der Ukraine zurückziehen müssen, lässt sich offensichtlich mit noch so vielen PATRIOT- oder ILTIS-T-Systemen zur Luftverteidigung – die für dieses große Land immer lückenhaft bleiben muss, nicht erreichen. Das Zurückhalten des MFK TAURUS durch Scholz

erschwert aber jeden Erfolg der von westlichen Staaten erwarteten und in seiner Wirksamkeit häufig kritisierten aktiven Reaktion zur Rückeroberung besetzter Gebiete.

Obwohl er sich also den politischen Zweck der Befreiung der Ukraine von russischen Streitkräften zu eigen macht, hindert er derzeit nachhaltig eine Erleichterung der aktiven ukrainischen Verteidigung, indem er ihnen mit dem MFK TAURUS ein wesentliches Mittel zur drastischen Reduzierung der russischen Logistik und der russischen Führungsfähigkeit vorenthält. Warum tut er etwas, was seinen erklärten politischen Zweck schwerer oder gar nicht erreichbar machen wird.

Am 6. Oktober hat er sich in Granada beim informellen Gipfel der EU zur Migrationsfrage ~~sich~~ wie folgt geäußert: „Man kann die Dinge nicht immer vor sich herschieben, weil sie so kompliziert sind“. Das wäre doch auch eine gute Handlungsmaxime für das Erreichen des politischen Zwecks, dass russische Truppen die Ukraine verlassen. Keiner der Gründe für das Zurückhalten des TAURUS, die in den Medien aus verschiedenen Quellen genannt werden, überzeugt mit Blick auf den selbst formulierten politischen Zweck. Wenn Scholz auf Stimmungen in der Bevölkerung verweist, dann wäre es geboten, die Richtigkeit seines politischen Zwecks so zu verdeutlichen, dass er bei der Mehrheit Unterstützung gewinnt. Wenn Scholz weiter die Sorge vor russischer Reaktion/Eskalation umtreibt, dann muss er entscheiden, ob er dieser Sorge seinen erklärten politische Zweck zu opfern bereit ist. Wenn er wie bei der Lieferung von Panzern auf die Entscheidung der USA wartet, dann sollte er alle Hebel in Bewegung setzen, sie zu erreichen.

Ganz ausschließen, kann man allerdings auch nicht, dass seine Zurückhaltung eher der immer noch vorhandenen Russland-Gebundenheit wesentlicher Persönlichkeiten und Teilen seiner Partei geschuldet ist. Wie dem auch sei: Wenn der politische Zweck richtig ist, muss man alle Mittel einsetzen, um ihn zu verwirklichen. Wenn man die dafür notwendigen Mittel nicht einsetzen kann oder will, dann muss man vom bisherigen politischen Zweck Abstand nehmen und neue Ziele setzen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>

